

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14+22+25 – Finanzierung des baulichen Masterplans UKSH

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 506.11 / 16.09.2011

Umsetzung der Baumaßnahmen zügig beginnen, damit das UKSH seine Wirtschaftlichkeit verbessern kann

Das Schreckgespenst der Voll-Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) ist vom Tisch: CDU und FDP haben sich nach langem Ringen dafür ausgesprochen, die Trägerschaft des UKSH in öffentlicher Hand zu lassen. Das ist gut so, diese Entscheidung war überfällig. Es ist eine gute Nachricht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, es ist eine gute Nachricht für die Qualität der Krankenversorgung in unserem Land. Und es ist die Grundlage dafür, dass es nun – endlich – mit der konkreten Umsetzung der Baumaßnahmen voran geht.

Ihnen, Herr Kollege Günther, war es ja besonders wichtig, in Ihrer Pressemitteilung die Schuld für den aufgelaufenen Sanierungsstau bei der damaligen rot-grünen Landesregierung abzuladen. Wenn es Ihnen weiter hilft, räume ich gerne ein: Ja, auch unter rot-grün war das Geld schon verdammt knapp, schmerzliche Sparmaßnahmen wurden beschlossen, notwendige Investitionen wurden nicht getätigt. Dazu zählten auch Baumaßnahmen beim UKSH.

Meine Fraktion ist also gerne bereit, unseren Teil der Verantwortung für den Sanierungsstau zu übernehmen, aber übernehmen auch Sie Ihren Teil. Immerhin stellt Ihre CDU seit sechs Jahren den Finanzminister. Meine Fraktion begrüßt, dass es mit der Entscheidung von CDU und FDP einen breiten politischen Konsens gibt. Jetzt kann ein belastbares Konzept erarbeitet werden, welches länger hält, als die immer kürzer werdenden Legislaturperioden in unserem Land.

Angesichts der leeren Kassen sehen wir keine andere Möglichkeit, als Finanzierung und Umsetzung des baulichen Masterplans in private Hände zu geben. Dabei wissen wir: eine Privatisierung der Baumaßnahmen ist die zweitbeste Lösung. Im Rahmen der Wahrheit und Klarheit des Landeshaushaltes, aber auch unter der Prämisse, dass die Fallpauschalen für die Krankenversorgung und nicht für den Krankenhausbau bemessen sind, wäre eine Finanzierung aus dem Landeshaushalt natürlich die beste Lösung.

Zu Recht weist der Landesrechnungshof darauf hin, dass Baumaßnahmen als Public-Private-Partnership (PPP) nur durchgeführt werden sollten, wenn zum einen die Leistung eines Privaten günstiger ist und wenn sich zum anderen die Öffentliche Hand die Maßnahme auch ohne die Beteiligung Privater hätte leisten können. Beide Kriterien sind nicht erfüllt.

Und dennoch ist das PPP-Modell die einzige Möglichkeit, um die Baumaßnahmen umzusetzen, denn die Landeskasse ist leer. Eine weitere Verschiebung der Baumaßnahmen wäre unverantwortlich. Eine Vollprivatisierung des UKSH kommt für uns Grüne nicht in Frage, weil wir uns der Aufgabe eine gute Maximalversorgung in öffentlicher Hand zu gewährleisten verpflichtet fühlen.

Das PPP-Modell ist kein Wohlfühlprojekt: Dem UKSH wird erneut ein harter Konsolidierungskurs auferlegt. Das UKSH muss zukünftig so wirtschaftlich arbeiten, dass es aus den roten Zahlen kommt und zusätzlich die zukünftigen Leasingraten für die Baumaßnahmen bezahlen kann. Und alles bei Fallpauschalen, die deutlich niedriger als in anderen Bundesländern sind.

Das von Professor Scholz vorgestellte Asset-Modell ist auf Kante genäht. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb eine aktive Einbindung der Investitionsbank in die Finanzierung, um deren Kompetenz zu nutzen. Außerdem könnte es damit gelingen, Mittel der Europäischen Investitionsbank für Gesundheitsinvestitionen in die Finanzierung einzubauen.

Es ist mir unbegreiflich, warum CDU und FDP diesen Vorschlag von uns in ihrem Antrag nicht aufgenommen haben. Schließlich geht es, seit die Entscheidung für eine private Baufinanzierung gefallen ist, um eine nüchterne Einschätzung der finanziellen Realisierung. Seit die Entscheidung gefallen ist, steht aber auch das UKSH in der Pflicht, realistisch nachzuweisen, durch welche Baumaßnahmen und in welcher Höhe Effizienzgewinne zu erreichen sind, wie die Beschaffung effizienter gestaltet werden kann, und wo in den Chefetagen Spielraum für Einsparungen besteht.

Ob Organspenden, hohe Vorstands- und Chefarztvergütungen, Abrechnung von Nebentätigkeiten, Trennungsrechnung oder Beschaffungswesen: Seit Jahren legt der Landesrechnungshof den Finger in die Wunde und zeigt unermüdlich Stellschrauben auf, um die Wirtschaftlichkeit des UKSH zu verbessern. Landesregierung und UKSH müssen die Kritik des Rechnungshofes ernst nehmen und allen Hinweisen nachgehen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH sind mit Gehaltsverzicht in den letzten

Jahren in Vorlage gegangen, hier ist nichts mehr rauszuholen. Im Gegenteil: Arbeitsverdichtung und Mehrbelastung gehören zum Alltag der Pflegekräfte, die schwere Arbeit der pflegenden Berufe wird im Verhältnis zur geleisteten Arbeit viel zu gering vergütet.

Damit das UKSH seine Wirtschaftlichkeit verbessern kann, muss mit der Umsetzung der Baumaßnahmen zügig begonnen werden. Nur so kann der hohe Standard einer guten Patientenversorgung gehalten und verbessert werden. Nur so können die Rahmenbedingungen für das Personal verbessert werden. Und auch wenn ich die Sorge der Gewerkschaft nachvollziehen kann: Wenn wir jetzt nicht handeln, wenn der Beginn der Baumaßnahmen wieder verschoben wird, dann fügen wir dem UKSH Schaden zu.

Meine Damen und Herren,
die Landesregierung hat uns in den letzten Tagen darüber informiert, dass sich Wirtschaftsminister de Jager nach dem angekündigten Rückzug von Siemens mit dem Unternehmen geeinigt hat, dass das Partikeltherapiezentrum (PTZ) in Kiel abgewickelt wird. Jetzt hat sich bestätigt, was FDP und Grüne schon damals bei Abschluss der Verträge befürchtet und mehrfach thematisiert hatten: der technisch-medizinische Optimismus war verfrüht, die Wirtschaftsberechnungen waren auf Sand gebaut. Auch die Wissenschaft stellte schon damals die Frage, ob die Partikeltherapie Wunderwaffe oder Flop sei.

Ja, es ist wichtig, dass medizinische Forschung stattfindet und neue Formen der Heilung entwickelt werden. Und ja, es ist schwierig, wirtschaftlich zu argumentieren, wenn es um neue medizinische Möglichkeiten für den Heilungsprozess geht. Jeder Kranke hofft zu Recht auf Heilung, deshalb muss die Politik bei Entscheidungen sorgsam abwägen. Bei der Planung des PTZ war aber von Anfang an klar: Das wirtschaftliche Risiko ist hoch und ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein kann sich an einem solch großen und unsicher finanzierten Projekt schnell überheben.

Herr Minister de Jager,
Sie waren damals verantwortlicher Staatssekretär, Sie hätten die vorgetragene Kritik ernst nehmen müssen, Sie hätten die Wirtschaftlichkeit stärker hinterfragen müssen. Sie sind jetzt also nicht Retter, sondern Sie kehren nur die Scherben auf, die Sie selbst verursacht haben. Aus Sicht der Stadt Kiel ist der von Ihnen angerichtete Scherbenhaufen groß, zu Recht ist Oberbürgermeister Albig erzürnt.

Herr Minister de Jager,
was wird aus den Vorleistungen, die Kiel erbracht hat? Kiel hat die Hälfte des wunderbaren Pastor Husfeld-Park geopfert, das Grundstück zum halben Marktpreis an das Land verkauft. Wegen der Zeitnot wurde kein Architektenwettbewerb durchgeführt, der Betonklotz – für die konventionelle Strahlentherapie völlig überdimensioniert – steht nun da, für 100 Jahre. Kiel bekommt keine fortschrittliche Krebstherapie von Weltniveau. Die versprochenen neuen, hochqualifizierten Arbeitsplätze lösen sich in Luft auf, auf neue Steuereinnahmen kann Kiel lange warten. Die Enttäuschung in der Landeshauptstadt ist groß und sie wird mit Ihrem Namen verbunden, Herr Minister de Jager.

Ich hoffe, dass die Landesregierung bei den zukünftigen Planungen für das UKSH mit mehr Weitblick handelt. Oberste Priorität muss die Maximalversorgung des UKSH haben, die notwendigen Baumaßnahmen müssen zügig auf den Weg gebracht werden. Der Zeitplan der Landesregierung, mit dem komplexen Vergabeverfahren Anfang 2012 zu beginnen und den Baubeginn für 2014 einzuplanen, zeigt, wie lange ein Vorlauf für eine solche große Maßnahme braucht. Meine Fraktion würde sich freuen, wenn in diesem Zeitplan noch eine Beschleunigungsreserve steckt und gehoben wird.

Für meine Fraktion beantrage ich, heute in der Sache über die vorliegenden Anträge zu beschließen, damit es voran gehen kann!
